

Marin: „Pensionsreform ist verpufft“

RENTEN. Exzessive Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst trüben die Pensionsreform des Jahres 2003.

VON PETER SCHIEFER

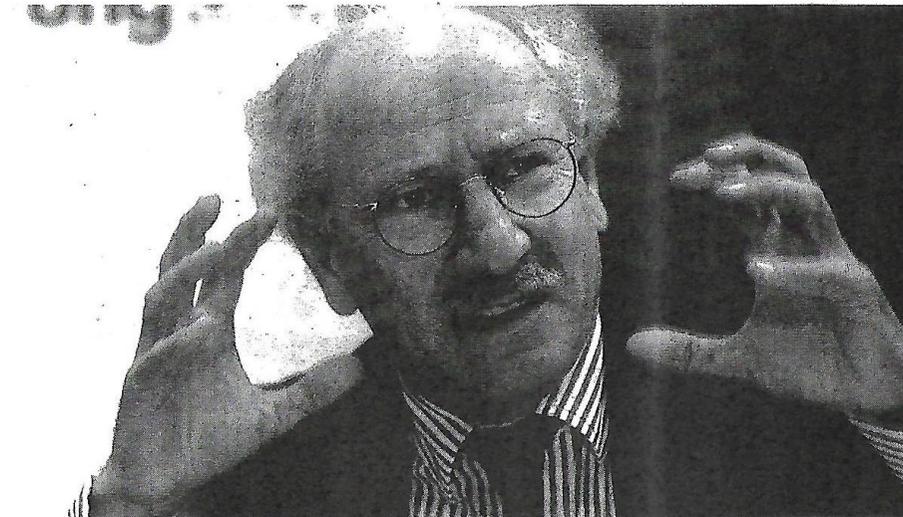
LONDON. „Mit 66 Jahren fängt das Leben an“, meint Udo Jürgens. Doch der durchschnittliche Österreicher zählt sich in diesem Alter bereits zum alten Eisen. Männer fühlen sich früher alt als Frauen, im Osten älter als die Menschen dem Empfinden nach früher als im Westen. Das geht aus einer Internet-Befragung von Fessel-GFK unter 2000 Österreichern zwischen 18 und 50 Jahren hervor, die im Rahmen eines Pensionssymposiums der Raiffeisen Versicherung in London präsentiert wurde.

Europameister der Kurzarbeit

Für den Sozialforscher Bernd Marin ist diese frühe gefühlte Alterung in der Alpenrepublik ein möglicher Grund für den außerordentlichen Drang der Österreicher in die Frühpension. „Wir sind eines der langlebtesten Völker in Europa, haben das mental aber noch nicht geschnallt“, sagt Marin. Gemeinsam mit den Belgiern sind die Österreicher Europameister beim „Kurzarbeiten“.

Im Jahr 2004 lag das durchschnittliche Pensionsantrittsalter bei 57,7 Jahren und damit auf dem selben Niveau wie im Jahr 2000. Laut Marin ist der Effekt der Pensionsreform des Jahres 2003 „verpufft“, weil vor allem der öffentliche Dienst in Sachen Frühpensionierungen „mit schlechtem Beispiel voran geht“.

Diese Frühpensionierungswelle geht aber langsam zu Ende, wie



„Die Österreicher haben noch nicht geschnallt, dass sie länger leben“, sagt Sozialforscher Bernd Marin.

[Raiffeisen/Artinger]

am Donnerstag vorgelegte Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zeigen.

Mit 52,9 Jahren arbeitsunfähig Das Pensionsantrittsalter ist im Vorjahr auf 58,1 Jahre gestiegen – ein Plus von 0,4 Jahren binnen eines Jahres. Allerdings flüchten die Österreicher früher in die Invaliditätspension. Statt mit 53,4 Jahren sind die Frührentner nun im Schnitt mit 52,9 Jahren arbeitsunfähig. Laut Othmar Karas, dem Leiter der ÖVP-Delegation im EU-

Parlament, müssten daher noch rascher Maßnahmen ergriffen werden, um die Menschen „von einem frühen Austritt aus dem Erwerbsleben“ abzuschrecken. Die EU habe in der Frage der Pensionen aber keine Handhabe, diese sei Sache der Nationalstaaten.

Neben einer Anhebung des faktischen Pensionsalters müsse aber auch über weitere Schritte beim gesetzlichen Pensionsalter nachgedacht werden. „Die Geburtenjahrgänge 1975 bis 1985 werden zwischen 87 (Männer) und 92 Jahre

PENSIONALTER: 58,1 Jahre

Mit 66 Jahren fühlen sich die Österreicher laut einer Fessel-GFK-Studie alt. Das entspricht in etwa dem gesetzlichen Pensionsalter der Männer. In Pension geht der Durchschnittsösterreicher aber mit 58,1 Jahren, wie der Hauptverband der Sozialversicherungsträger am Donnerstag mitteilte. Sozialexperte Bernd Marin hält eine Anhebung des Pensionsalters für unvermeidlich.

(Frauen) alt“, das Pensionsantrittsalter sollte an die steigende Lebenserwartung angepasst werden, meint Marin. In Großbritannien soll von 2020 bis 2050 das Pensionsalter so von 65 auf 68 Jahre steigen. Mit dieser Kopplung von Pensionsalter und Lebenserwartung kann sich auch Karas anfreunden.

Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht in Österreich noch erhebliches Verbesserungspotenzial, wie Ulrich Stacher, Österreichs Botschafter bei der OECD, erklärte. Die Reformen gingen zwar in die richtige Richtung, Österreich müsse aber mehr tun, um ältere Menschen länger im Erwerbsleben zu halten.

Invalide Österreicher

Vor allem die Invaliditätspension – in Österreich scheidet jeder zweite Mann und jede dritte Frau aufgrund von Invalidität vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus – stößt auf scharfe Kritik. Die OECD rät Österreich zur Abschaffung des Berufsschutzes bei der Beurteilung von Invaliditätspensionen. Derzeit kann jemand ab dem Alter von 57 Jahren, wenn er seinen Beruf, in dem er mindestens zehn Jahre tätig war, nicht mehr ausüben kann, wegen Invalidität in Frühpension gehen. Würde der Berufsschutz wegfallen, müssten die Arbeitnehmer weniger qualifizierte Tätigkeiten annehmen, wenn sie diese noch ausüben können. Marin ortet aber wenig Änderungswille: Die Regierung sei bereits in zwei Anläufen gescheitert.